Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 12 (1917)
Heft: 12

Artikel: Die Zürcher Revolte
Autor: Christinger, Minna
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351417

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der Frauenkonferenz in Waldstatt.

Sonntag, den 11. November, tagten im Schulhaus in Waldstatt die Delegierten der Textilarbeiterinnen aus der Ostschweiz. Auch Arbeiterinnenvereine und Arbeiterunionen hatten Genossinnen und Genossen entsandt. Als Tagespräsidentin amtete Ida Karrer, Rorschach. Marie Meier, Herisau, sprach in ergreifenden Worten über die Notlage, die immer weitere Kreise der Arbeiterschaft erfaßt und sie dem Hungerelend entgegentreibt. Die Lebenshaltung ihrer eigenen Familie war ein sprechendes Beispiel dafür, wie trotz aller Sparsamkeit das Lohneinkommen von Mann und Frau im Textilgewerbe bei weitem nicht ausreicht für den notwendigen Lebensunterhalt. Die Folgen der Unterernährung treten immer mehr zutage. Die Arbeiterschaft muß daher selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durch die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und den Kampf gegen die Teuerung die Notlage einzudämmen suchen.

Geradezu als eine Schande muß es bezeichnet werden, wie Staat und Gemeinden den Wehrmannsfrauen die Militärunterstützung kürzen. Die Arbeiterinnen sind ja ohnehin zur Erwerbsarbeit gezwungen und meist um einen erbärmlichen Lohn, auch wenn der Mann vom Dienst für das Vaterland der „Andern" wieder zurückkehrt. Sein Lohn reicht längst nicht mehr für den alleinigen Unterhalt der Familie aus. Für die Arbeiterfrauen heißt es heute fast durchwegs mitverdienen. Ist es da nicht ein gewaltiges Unrecht, wenn man ihnen die sauer verdienten Batzen von der gesetzlichen notdürftigen Unterstützung in Abzug bringt? Diese bundesrätliche Verordnung muß aufgehoben werden.

Aus diesen Erwägungen heraus faßte die Waldstätter Konferenz folgenden einstimmigen Beschluß:

Die Frauenkonferenz Waldstatt vom 11. November 1917 beauftragt die anwesenden Vertreter und Vertreterinnen der Organisationen, dahin zu wirken, daß die schweizerische Notstandskommission der Arbeiterschaft regelmäßig jeden Monat zusammentritt, um Mittel und Wege zu suchen, wie dem wachsenden Elend der Unterernährung und des Hungers wirksam gesteuert werden kann. Die Frauenkonferenz gibt einstimmig dem Verlangen Ausdruck, daß der Milchpreis nicht erhöht, und das Brennholz billiger abgegeben werde. Sie fordert, daß eine Bestandesaufnahme der Kartoffeln, und des Obstes und ihr Ankauf durch Gemeinden und Kantone angeordnet werde, damit diese beiden in Hülle und Fülle vorhandenen Nahrungsmittel zu billigen Preisen der arbeitenden Bevölkerung verabfolgt werden können. Die Frauenkonferenz protestiert dagegen, daß den Arbeiterfrauen, die durch die Not gezwungen, dem Broterwerb nachgehen müssen, die Wehrmannsunterstützung geschmälert wird. Sie fordert für alle Arbeiterfrauen, die Familienmütter sind, die volle Auszahlung der staatlichen Unterstützung.

M. H.

Die Zürcher Revolte.

Die Tatsachen sind bekannt. Eine hungernde und friedenssehnsüchtige Menge, geführt von Pazifisten, zog vor eine Munitionsfabrik, um Einstellung der Nachtarbeit zu fordern. Sie hatte Erfolg. Die Pazifisten riefen auf den folgenden Tag, einen Freitag, zu einer neuen Versammlung auf einem öffentlichen Platze zusammen. Polizisten stürzten sich mit blanker Waffe auf die Masse, verhafteten die Redner, trieben das Volk mit Säbelhieben auseinander. Die gleichzeitig tagende Versammlung der Bezirksvertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei beschließt, eine Protestversammlung abzuhalten, aber nicht am Samstag, wie die Demonstranten verlangen, sondern erst am Montag. Die erbitterte Volksmenge kommt am Samstag trotzdem zusammen, durch Flugblätter noch besonders dazu aufgefordert. Auf dem Helvetiaplatz werden Ansprachen gehalten. Die Redner protestieren gegen Polizeiwillkür und Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse. Ein Demonstrationszug vor die „Neue Zürcher Zeitung" wird vorgeschlagen. Vor einem Polizeiposten staut sich ein Teil der Menge und wirft mit Steinen auf das Lokal der Polizeihelden vom vorigen Tag. Dann stürzen sich die bewaffneten Polizisten auf die wehrlose Menge, hauen drauflos. Ein Schuß fällt. Das Signal zu einem weiteren Polizeiangriff. Zwei Arbeiter werden niedergeschossen. Dann Militäraufgebot, Belagerungszustand, Versammlungsverbot, Verhaftungen, Ausweisung des Genossen Münzenberg usw. Was sagen uns diese Tatsachen?

Die Polizisten, die Soldaten, die Bezirksanwälte handelten im Auftrage der Behörden. Es bestehen Gesetze, die der Regierung das Recht geben, wehrlose Menschen mißhandeln und erschießen zu lassen. Wenn friedensliebende Menschen die Munitionsherstellung stören und vielleicht den Profit des Fabrikanten schmälern, so gibt es wieder Gesetze, in denen geschrieben steht, was die friedenwünschenden Menschen tun, sei ein Verbrechen, denn die Gesetze erlauben es, ungeheure Profite zu machen und Granaten zu fabrizieren. Aber die Gesetze erlauben es nicht, daß hungernde Menschen sich auf der Straße versammeln, ohne um Erlaubnis zu fragen. Es ist der Regierung unangenehm, daß hungernde Menschen eine Masse bilden, denn sie weiß, daß der Hunger die Menschen zu unzufriedenen Bürgern macht, und daß unzufriedene Bürger eine Gefahr sind für den Staat, der die Profite der Reichen schützen soll.

Und weil der Staat ein bißchen Notstandsmaßnahmen getroffen hat und den hungernden Armen Milch und Brot billig verkauft, kann die Regierung durchaus nicht begreifen, daß die Armen immer noch unzufrieden sind. Deshalb befiehlt sie allen Bürgern und Ausländern Zufriedenheit, und droht mit Bajonetten, wenn man nicht gehorcht. Einen solchen Staat haben wir. Die einen nennen ihn Demokratie, die andern Klassenstaat.

Wir gehören zu den andern und haben gerade deswegen eine sozialdemokratische Partei gebildet, um den Klassenstaat zu beseitigen. Unsere männlichen Genossen geben sich bei jeder Abstimmung unendliche Mühe, einen Vertreter der Unzufriedenen in die Behörden dieses Klassenstaates zu wählen, damit er helfen solle, bessere Gesetze zu machen. In Zürich haben wir sogar vier sozialdemokratische Stadträte.

Nun hat sich das Seltsame ereignet, daß diese vier Stadträte ohne Protest geschehen ließen, daß die Polizei und die Soldaten zum Schutze der Zufriedenen und Reichen herbeigerufen wurden. Sie finden es verwerflich, daß die hungernden und Frieden verlangenden Armen sich nicht um Gesetze des Klassenstaates kümmern können, daß es Augenblicke gibt, in denen sie tun müssen, was sie für richtig halten.

Die gleichen Stadträte, wenigstens drei von ihnen, sind zu gewöhnlichen Zeiten ganz außerordentlich nützliche Menschen. Der vierte ist Polizeivorstand. Jeder von den dreien leitet einen Zweig der Stadtverwaltung Zürichs und alle drei sind bestrebt, innerhalb der Grenzen ihrer Verwaltungsbezirke zum Wohle des Volkes zu wirken. Aber gerade weil sie gewohnt sind, innerhalb von Gesetzen und Verwaltungsbezirken nützliche Arbeit zu machen, wollten sie nicht dulden, daß ein Teil des Volkes den engen Ring der Gesetze sprenge. Jener Teil des Volkes, dem es unerträglich wird, zu warten, bis der Klassenstaat gesetzmäßig abgeschafft ist.

Folgen des Krieges, Folgen der russischen Revolution, Folgen des Hungers, wer weiß es so genau? Alles zusammen schafft einen Geisteszustand, der Ausbrüche wie die Zürcher Revolte zum Naturereignis macht. Das ist der Widerspruch mit den sozialdemokratischen Stadträten. Und unsere Parteileitung?

In Zürich hat die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Beschlüsse gefaßt. Sie wollte die Toten begraben, Arbeitsruhe am Begräbnisnachmittag, Aufhebung des Belagerungszustandes, sofortige Freilassung der Verhafteten. Eine Kommission verhandelt mit der Regierung und dem Platzkommando. Die Totenfeier wird gestattet, wenn die Kommission sich verpflichtet, zu veranlassen, daß die Straßenbahn fährt, daß die Gewerkschaften getrennt, unter Vermeidung des Kampfplatzes vom Samstag, auf einem streng vorgeschriebenen Weg zum Friedhof gehen. Die Kommission kapituliert, sabotiert die Beschlüsse der Delegiertenversammlung, die Gefangenen bleiben in Haft, die Soldaten bleiben da, die Arbeiter marschieren auf Befehl des Platzkommandanten.

Der Unionsvorstand und seine Kommission fürchteten einen allgemeinen Streik und seine eventuellen ungesetzlichen Folgen. Ein ähnlicher Seelenzustand, wie bei den Stadträten.

Auch unsere Parteileitung hat also versagt im entscheidenden Moment. Man hat schon von Parteibourgeoisie reden hören. Diese Leute gehören dazu. Für die andern Parteimitglieder ist durch die Zürcher Revolte eine andere Frage brennend geworden: Ist unsere heutige sozialdemokratische Partei fähig, den Klassenstaat abzuschaffen?

Minna Christinger.

Wilhelm Münzenberg.

„Es rast der See, er will sein Opfer haben."
Schiller, Wilhelm Tell.

„Tut nichts, der Jude wird verbrannt."
Lessing, Nathan der Weise.

Wie eine wilde Meute stürzen sich die bürgerlichen Blätter auf die Jugendbewegung und auf deren Sekretär Wilhelm Münzenberg. Wir sind die seit langem dauernden Verleumdungen gewöhnt. Die Jugend kann sich sagen, daß sie auf dem richtigen Wege ist; wird man vom Gegner geschmäht, hat man ihn auch getroffen. Nichts ist unangenehmer wie Lob vom Gegner. Die an anderer Stelle geschilderten Vorkommnisse in Zürich sollen der Jugendbewegung zugeschrieben werden. Her mit einem Sündenbock. Man sagt sich nicht, daß das durchaus verkehrte Vorgehen unserer Behörden in Sachen Lebensmittelversorgung, die stets zu spät gekommenen und mangelhaften Vorschriften noch ganz anderes auslösen werden und müssen, als die Geschehnisse von Zürich. Die Jugendorganisation ist an den Ereignissen in Zürich durchaus unbeteiligt; Münzenberg hat seinen ganzen Einfluß ausgeübt, um die Massen zu beruhigen und sie vor unüberlegten Gewalttaten zu warnen. Eine hungernde, verzweifelnde Menge ist selbst mit Maschinengewehren schwer niederzuwerfen. Es gibt einen Mut der Verzweiflung. Wilhelm Münzenberg, welcher seit Jahren mit vorbildlichem Eifer unermüdlich wirkt und arbeitet, die heranwachsende Arbeiterjugend durch die Jugendbewegung für die Partei und Gewerkschaft zu gewinnen, soll das Opfer für die Schuld der Behörden werden. Schon ist der Ausweisungsbefehl da. Mitten aus seiner Tätigkeit soll unser Kampfgenosse seinen Schergen ausgeliefert werden. Welches ist die Arbeit Münzenbergs in den letzten Monaten? Er bereitet den Entwurf für ein eidgenössisches Lehrlingsgesetz vor. (An der letzten Sitzung der Kirchensynode des Kantons Zürich wurde ebenfalls eine Studienkommission bestimmt für ein eidgenössisches Lehrlingsgesetz). Er gibt mit seinen Gesinnungsfreunden ein Weihnachtsbuch für die Kinder heraus und ein Kunstblatt für die Erwachsenen, bereitet die sozialistische Kinderwoche vor, daneben wirbt und agitiert er unablässig für die Jugendbewegung. Oft gilt es, sich zu wehren gegen die Feinde von außen, das ist Vergnügen und stählt den Kampfesmut, mancher Strauß ist auch im eigenen Lager auszufechten.

Münzenberg soll als Antimilitarist ausgewiesen werden, als Kriegsgegner. Wundert man sich, daß ein Sozialist Antimilitarist und Kriegsgegner ist? Im August 1914 tönte es ganz anders. Welches Unglück wäre verhütet worden, wo stünde Europa und die Welt heute, wären alle sich Sozialisten nennenden Menschen Antimilitaristen und Kriegsgegner gewesen? Damals hieß es, die Sozialdemokratie habe versagt, sie habe den Krieg nicht verhindert, und heute weist die oberste Landesbehörde der sogenannten ältesten Demokratie einen Antimilitaristen und Kriegsgegner seinen Schergen aus.

Läßt die Arbeiterschaft der Schweiz sich diesen Affront gefallen?

Die Regierung hat die Machtmittel des Staates für sich: den Polizeiknüppel, die Soldateska, Maschinengewehre, Gesetze, welche sich stets zuungunsten der Arbeiter interpretieren lassen. Die Arbeiterschaft hat diese Mittel nicht, sie hat nur die Verfügung über ihre Arbeitskraft, sie kann den entschlossenen Willen haben, sich nicht alles gefallen zu lassen, einzutreten für ihre tüchtigsten Kämpfer. Wilhelm Münzenberg ist unser, die Schweizer Arbeiterschaft hat die Ehrenpflicht, ihn zu schützen. Die Vertreter in den Behörden sind es ihren Wählern schuldig, kein parlamentarisches Mittel unversucht zu lassen, um den Beschluß des Bundesrates rückgängig zu machen, und wenn das nichts hilft, trete die Arbeiterschaft selbst auf den Plan.

R. B.

Aus dem Arbeiterinnenverband

Basel. Organisation der Wäscherinnen, Glätterinnen und Putzfrauen. Sonntag, den 21. Oktober, fand die konstituierende Versammlung der Wäscherinnen, Glätterinnen und Putzfrauen, geleitet vom Vorstand des Arbeiterinnenvereins, statt. Unsere Arbeit wurde mit Erfolg gekrönt, denn 40 Frauen bezahlten sofort den Eintritt, was für Basel etwas heißen will. Sind wir uns doch gewohnt, langsam zu marschieren. Genosse Arbeitersekretär Weber wies mit einigen kurzen wirkungsvollen Worten auf die Vorteile der Organisation hin. Aus der Aussprache der Anwesenden konnten wir entnehmen, daß es höchste Zeit ist, diesen geplagten Aschenbrödels zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Wir wünschen dem neuen Verein ein gesundes Gedeihen und haben die beste Hoffnung für sein eigenes rasches Emporwachsen. R. M.

Zürich. Leseabende. Genossinnen, Hausfrauen! Werft die Sorgen des Alltags ein Stündchen von euch und nehmt je Freitags, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Klubzimmer 14, an unseren Leseabenden teil. Erzählt von eueren Erfahrungen und Enttäuschungen und laßt euch die Wege weisen zu den Höhen des Sozialismus. Zeigt, daß ihr Mitkämpferinnen der Genossen sein wollt und rüstet euch mit dem nötigen Wissen aus. Wissen ist Macht. Ihr dürft den Strickstrumpf mitnehmen, wenn ihr glaubt, die Zeit doppelt ausnützen zu müssen. E. F.

Mitteilungen des Zentralvorstandes.

An die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wird das dringende Gesuch gerichtet, keine Mittel und Wege unversucht zu lassen, um die Ausweisung des Genossen Wilhelm Münzenberg rückgängig zu machen.

Zur Verhaftung der Genossin Rosa Bloch. Ein unbekanntes Aktionskomitee ladet auf Samstag, abends, zu einer Protestversammlung ein; als Referentin wird Genossin Rosa Bloch angeführt, trotzdem sie vorher weder angefragt, noch benachrichtigt worden war. Als Genossin Bloch davon hörte, erklärte sie des entschiedensten, nicht zu sprechen, sie beteilige sich nicht an einer Aktion, die nicht von der sozialdemokratischen Partei oder der Arbeiterunion ausgehe; sie hat auch nicht gesprochen. Sonntag, vormittags vor 8 Uhr, wird unsere Genossin in ihrer Wohnung verhaftet. Drei Detektive erscheinen, der eine führt sie in die Polizeikaserne, die beiden andern halten Hausdurchsuchung. Das erste Verhör findet erst Sonntag abend statt. Trotzdem einwandfrei festgestellt werden konnte, daß die Angeschuldigte ohne ihr Wissen auf das Flugblatt genommen wurde und nich gesprochen hatte, wird sie bis Donnerstag in Haft behalten, in der Zwischenzeit nicht mehr verhört, dann abends nach einem kurzen Verhör entlassen.

Auf diese leichtfertige Art und Weise, um nicht mehr zu sagen, entzieht man die Menschen ihrer Tätigkeit, nimmt sie aus ihrem Wirkungskreis heraus. Das sind die lieblichen Früchte der Justiz unseres Klassenstaates.

*

Delegiertentag.

Die Delegierten und Gäste besammeln sich Samstag, 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Großratssaal in Aarau. Verhandlungsdauer: 9—1 Uhr.

Quartiere sind beim Organisationskomitee in Aarau zu bestellen (siehe Publikation in der Parteipresse). Anmeldung der Delegierten beim Zentralvorstand bis zum 28. November, mit Angabe, ob Ankunft in Aarau am Freitag abend oder Samstag. Wir erwarten eine gutbesuchte Tagung, die zur Behandlung kommenden Traktanden rechtfertigen das größte Interesse.

Die bis jetzt eingegangenen Antworten auf unser Zirkularschreiben drücken den lebhaften Wunsch aus, die „Vorkämpferin" unverändert weiter erscheinen zu lassen. Es zeigt sich, daß das Blatt mit Freude und Interesse gelesen wird. Es wird Sache der Delegierten sein, klare Beschlüsse hierüber zu fassen. Es haben sich schon heute eine Reihe Parteiorganisationen bereit erklärt, einen Kostenbeitrag hierfür zu übernehmen.